



Was wir wollen und was wir uns wünschen...

Forderungen des Verbandes kinderreicher Familien an die Politik

1. Wohnraum

Einen Ansprechpartner in den Behörden von Städten und Kommunen, die sich mit der besonderen Wohnsituation von Großfamilien auseinandersetzt (entsprechend den Generations-, Senioren-, Frauen- und Gleichberechtigten-Beauftragten in Städten, Kreisen, Ländern und Bund), damit

- tatsächliche Familien-Bedarfe – wie Anzahl des benötigten Wohnraums in der Kommune, Wohnfläche, besondere Ausstattung, z.B. Platz für Kinderwagen im Hausflur, Kinderwagen-taugliche Größe der Aufzüge (auch für Zwillingswägen), Trockenplätze, größerer Keller – ermittelt werden können.
- Mobbing und grundsätzliche Probleme bei der Vergabe von Wohnraum erkannt werden und Hilfe-Stellung geleistet werden kann.
- Werbung durch die Kommune für ein positives Bild von Großfamilien als Mieter gemacht wird.
- das Thema „Wohnungssuche und Wohnungsnot“ von Großfamilien auf die Tagesordnung von Stadtparlamenten und Ausschüssen gesetzt wird.
- bei der Planung von Wohnraum und Neubaugebieten die Belange von Großfamilien berücksichtigt werden und der soziale Wohnungsbau entsprechend ausgerichtet wird: Ausreichender Wohnraum mit mindestens zwei und mehr Kinderzimmern in adäquater Größe, zusammenlegbare Wohnungen, Nutzung von Souterrains mit entsprechender Höhe und genügend Lichteinfall als Wohnraum.
- Einfluss auf eine familiengerechte Gestaltung von Wohnvierteln genommen wird (Planung und Einrichtung von Betreuungsmöglichkeiten zu Beginn von Baumaßnahmen, Begrünung, Spielflächen).
- frühzeitig z.B. Familien-freundliche Parkplätze (Lage, Größe, Höhe) von Kommunen und privaten Bauherren geplant und eingerichtet werden.
- bei der Anmietung und beim Kauf einer Großfamilien-tauglichen Immobilie eine finanzielle Förderung oder Unterstützung im Rahmen kommunaler oder städtischer Modelle gewährleistet wird.



2. Alltag

- Ausbau des Programms der Familienhebammen (Ausbildung und Finanzierung durch die Landkreise sichern).
- Ein städtisches „Begrüßungsgeld“ für Neugeborene, soweit dies die finanzielle Situation der Kommunen ermöglicht.
- Im Rahmen des sozialen Jahres ggf. Angebote zur Unterstützung im Haushalt für Familien aufnehmen.
- Wickelmöglichkeiten für Männer und Frauen in öffentlichen Gebäuden - nicht nur in Damentoiletten.
- Subventionierte Müllentsorgung für kinderreiche Familien, z.B. wegen des jahrelangen Mehrbedarfs an Windeln.
- Sinnvoller Krippen, Kita und Tagespflegeausbau, die Ausbildung des entsprechenden Personals fördern und die Zuschüsse bei Mehr-Kinder-Familien erhöhen.
- Familienfreundliche Arbeitgeber bei der Schaffung von betrieblichen Kindergärten bzw. Tagespflegeplätzen unterstützen.
- Kontakte und Unterstützung bei der Verhandlung um Konditionen bei Rabatten, Nachlässen und Gutscheinen für kinderreiche Familien, z.B. im Nahverkehr, Waren, Dienstleistungen im Rahmen der verbandseigenen Fair Family Card für Mitglieder.
- Implikationen der Energiewende bei kinderreichen Familien. (Preisgestaltung und Preisbindung, gerechte Stromabrechnung durch gemeinsame Zähler, Zuschüsse bzw. Rabatte und Vergünstigungen bei der Anschaffung neuer energiesparender Geräte).
- Schaffung von Mobbingstellen in den Kommunen für die Möglichkeit sich einfach und unkompliziert Hilfe in den verschiedenen Konfliktsituationen zu holen.

3. Einführung einer Familienkarte für jedes Bundesland

- In den Kommunen sind Karten familienfreundlich zu gestalten (z.B. gültig für alle eigenen Kinder bis zum Alter von 18 Jahren und zwei Begleitpersonen).
- Angebote in der Kommune sollen sich nicht nur am Einkommen der Familie (SBGII Empfänger), sondern an der Anzahl seiner Mitglieder ausrichten. Eine Begrenzung auf eine Kinderzahl von 2 oder 3, sowie Altersbegrenzungen die unter 18 Jahren liegen, lehnen wir ab).
- Flächendeckende Einführung von Familienkarten zur Ermäßigung bei Waren, Dienstleistungen und Eintrittspreisen: <http://www.deutschlandfamilienkarte.de>



4. Bildung

- Unterstützung von Bildungsangeboten durch die Kommunen und Landkreise durch kostenlose Angebote der städtischen VHS für Kinder in kinderreichen Familien und die Berücksichtigung der Kinderanzahl beim Entgelt für den Besuch von Musikschulen (z.B. hat Erfurt Mehrkinderfamilien-Rabatte zugunsten von 1-Kind Familien gestrichen).
- Ausstattung, Betreuungs- und Verpflegungs-Qualität in offenen Ganztagschulen (OGS) und Kindertagesstätten (KiTa's) verbessern. Frühzeitige Platzbestätigung und nicht wie bisher erst im Juni – Eltern brauchen Planungssicherheit.
- Ausbau von Schulbibliotheken
- Flächendeckende Schulsozialarbeit